

Soziopolitische Organisationen der MigrantInnen in Österreich¹

Ljubomir Bratic

Einleitung

Da ich selber Migrant bin und während meines Studium in Innsbruck in einer Ausländerberatungsstelle gearbeitet habe, blieb es mir wie vielen anderen nicht erspart, die Stereotypisierung in Österreich kennenzulernen. Die EntscheidungsträgerInnen haben schinbar seit jeher gewusst, wie sie die MigrantInnen, uns, zu charakterisieren haben, und von uns erwartet man/frau nur eine stillschweigende Zustimmung zu diesen Kategorien. Diese Kategorien kann ich mir beim besten Willen nicht als unbewusst vorstellen, sondern es handelt sich um eine, von vornherein institutionell und gesellschaftlich abgesicherte, rassistische Vorgangsweise. Diese hat bis heute ihre Wirkung noch ausgebaut. Wir befinden uns in dem gleichen hegemonialen System, das ich vor fünfzehn Jahren, bei meiner Ankunft in Österreich, feststellen konnte. Dieses System ist der Ausgangspunkt für die anti-rassistische Arbeit aller MigrantInnenorganisationen in Österreich.

Die antirassistische Selbstorganisation der MigrantInnen ist ein Widerstand gegen die ihnen gesellschaftlich auferlegte Rolle und wird dementsprechend als Gefahr wahrgenommen. Die einzigen Berichte, die man/frau in der Mainstream-Presse über die MigrantInnengemeinschaften finden kann, beziehen sich auf Demonstrationen, die diese Gruppen organisiert und durchgeführt haben. Der Grundton dieser Artikel ist immer anklägerisch und ablehnend. Im Jahr 1999 waren zwei Gemeinschaften der MigrantInnen in der Öffentlichkeit sehr stark präsent. Einerseits ist die Gemeinschaft der KurdInnen in die Öffentlichkeit der Aufnahmeländer Europas im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen die Verhaftung Abdullah Öcalans, Führer der PKK (Kurdische Arbeiterpartei), eingedrungen. Und zweitens waren es die Demonstrationen der MigrantInnen aus der Bundesrepublik Jugoslawien, die vom »Jugoslawischen und Serbischen Dachverband« organisiert wurden, und die sich über drei Monate hinweg jeden Tag gegen die NATO-Angriffe auf Jugoslawien wandten. Diese zwei Auftritte in der Öffentlichkeit und damit auch in das Bewusstsein der Einheimischen leiten – trotz der Verschwiegenheit der Presse – eine neue Zeit in den Beziehungen zwischen Einheimischen und MigrantInnen ein. Es scheint, dass die Zeiten der reagierenden Selbstorganisation und der Selbstverteidigungsstrategien sich langsam zu aktionistischen Maßnahmen und Forderungen nach mehr Rechten entwickeln. Eine Entwicklung, die eng verwandt zu sein scheint mit der Umorientierung der linken, autonomen und feministischen Szene der Einheimischen auf den Kampf gegen den Rassismus in der eigenen Gesellschaft. Diese Umorientierung hat vor allem einen Ausgangspunkt: den Untergang des Ostblocks und der damit verbundenen bipolaren politischen Sicht, die ein »Wegschauen« von den Problemen vor der »eigenen Tür« begünstigte und ermöglichte. Österreichs pe-

zifisch kann man/frau sagen, dass in der gleichen Zeit der Aufstieg des Rechtspopulismus passierte, was diesem Umorientierungsprozess zusätzlichen Antrieb gab.

In diesem Text werde ich versuchen, die Bedeutungen der Organisationseinheiten, Vereine und Dachorganisationen der MigrantInnen für den antirassistischen Kampf zu skizzieren.

Die NGOs als Puffergruppe

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der sogenannten NGOs in Wien. Ein großer Teil der Nichtregierungsorganisationen sind Betreuungs- und Beratungseinrichtungen für Flüchtlinge und MigrantInnen. Diese haben sich in den letzten 15 Jahren entwickelt.² Um die Mitte der achtziger Jahre gab es unter Minister Dallinger³ einen Aufbruch in der MigrantInnenszene. Das sind die Jahre, in denen die ersten Ausländerberatungsstellen entstanden sind, darunter so hochpolitisierte Organisationen wie das »Unterstützungskomitee für politisch verfolgte Ausländer«. In diesen Organisationen haben MigrantInnen und Einheimische gearbeitet. Die Arbeit war zum großen Teil ehrenamtlich, und es gab viele Diskussionen, die sich um die Politik, Integration usw. gedreht haben. Nun aber hat die Öffentlichkeit, in Gestalt der Ministerien bzw. BeamtInnen, die über die Unterstützung usw. zu entscheiden haben, bei denen man/frau die Anträge stellen muss, oder auch die liberal gesinnte Presse, angefangen, die VertreterInnen dieser Organisationen, die Einheimischen, die der deutschen Sprache mächtiger als die Anderen waren, mehr und mehr als die Führungskräfte dieser Organisationen zu behandeln. So ergab sich eine Verschiebung der Machtstrukturen ohne eine rationale Reflexion innerhalb der Organisationen. Die seltenen Mahnworte der in diesem Prozess involvierten MigrantInnen wurden entweder nicht wahrgenommen oder zugunsten der tagespolitischen Ereignisse überhört. Niemand war so wirklich mit der Situation zufrieden, aber niemand wusste genau, woher das kam. Das Ungleichgewicht wurde nicht, wie es ursprünglich die Intention dieser Zusammenschlüsse war, durchbrochen. Stattdessen entwickelte sich – weil die verschiedene gesellschaftliche Stellung der PartnerInnen nicht thematisiert wurde – eine Kluft zwischen den MigrantInnen einerseits und NGOs andererseits, die heute überall zu beobachten ist. Dies ist um so mehr zu betonen, da es sich bei diesen Menschen um hochpolitisierte gesellschaftliche AkteurInnen gehandelt hat, die sonst sehr wohl wussten, wie mit der Macht umgegangen werden kann und soll. Diese Situation dauerte bis zum Untergang des Ostblocks.

Im Zuge der ersten Anzeichen der Demontage der Genfer Flüchtlingskonvention begannen diese Organisationen noch mehr politische Arbeit zu leisten, und es entwickelte sich eine intensive Diskussion innerhalb der Vereine selbst. Diese Auseinandersetzungen führten zu Spaltungen, wo die Trennungslinien zwischen den Einheimischen und MigrantInnen lagen. Die Positionen der MigrantInnen in dieser Diskussion bestanden zum großen Teil aus der Forderung nach größerem politischen Engagement und aus der Forderung, dass der Staat die Betreuung der Flüchtlinge nicht an die NGOs delegieren sollte. Die Einheimischen dagegen, von denen sehr viele SozialarbeiterInnen waren, haben darauf bestanden, sich mehr um die Flüchtlinge zu kümmern. Nach der Meinung der MigrantInnen war das eine Aufgabe, die der Staat übernehmen sollte. Nun aber zog sich der Staat zu-

rück, und seine Rolle in der Betreuung der MigrantInnen übernahmen langsam verschiedene NGOs, die alle von Einheimischen geführt waren. Von Einheimischen, die ihre Erfahrungen in vorheriger jahrelanger gemeinsamer Arbeit mit MigrantInnen gesammelt hatten, und die auch viel fähiger waren, der Politisierung der Gruppe der MigrantInnen Schranken zu setzen als irgendein/e Ministerialbeamter/in. Es ist kein Zufall, dass die meisten jetzigen GeschäftsführerInnen der NGOs aus dieser Szene stammen. In diesem Zusammenhang möchte ich nur daran erinnern, dass einer der führenden Juristen des Innenministeriums, der in den letzten Jahren maßgebend bei der Durchführung des Asylgesetzes war, aus der Flüchtlingsberatung der Caritas stammt.

Es sind also die Einheimischen gewesen, die aus den Erfahrungen, die ihnen die MigrantInnen übermitteln konnten, gelernt haben, um dann die gleichen MigrantInnen mittels Klientisierung in die Schranken zu weisen. Als Puffergruppe verhindern sie unmittelbare Angriffe der Entrechteten auf die politische Herrschaft und erfüllen damit eine systemstabilisierende Funktion. Warum haben die Ministerien und andere Stellen, insbesondere die Medien, nicht bei den MigrantInnen selbst die AnsprechpartnerInnen gefunden? Weil diese ideologisch in der Gesellschaft der Einheimischen nicht die Rollen der AkteurInnen, sondern höchstens die der AnimatorInnen spielen können. Das Grundprinzip der rassistischen Ideologie in Europa besteht aus der Objektivierung der MigrantInnen. Ob das mittels direktem Rassismus, Kulturalismus oder einfach mit »Multi-Kulti-Ideologie« passiert, hängt von der gesellschaftlichen Mode und von der politischen Überzeugung der AkteurInnen ab. Das Grundlegende ist, dass die Entmündigten und Sprachlosen entmündigt und sprachlos bleiben sollen.

Wenn wir also ein wenig an der Oberfläche der HelferInnen kratzen, stellt sich heraus, dass sich auch in den bestgemeinten Absichten ein System der Benachteiligungen und Bevorzugungen genau so wie in den offiziellen gesetzlichen Maßnahmen verbreitet, verbirgt und gedeiht. Niemand ist neutral! Am besten kann das durch die Entwicklung der »Beratungseinrichtungen für MigrantInnen«, den sogenannten Ausländerberatungsstellen, illustriert werden. In diesen Einrichtungen, die bundesweit vernetzt sind, sind »von ca. 60 Angestellten (...) 50 muttersprachliche BeraterInnen (...), und rein zufällig sind meistens die »echten« ÖsterreicherInnen auch die GeschäftsführerInnen dieser Vercinc.« (Hetzfleisch 1997, 14)

Es gibt also dominierende gesellschaftliche Ideologien, denen niemand von uns entkommt. Und die Einheimischen als Angehörige einer dominierenden Ideologie üben diese Dominanz überall aus. So kommen wir wieder zu der am Anfang erwähnten Selbstorganisation der MigrantInnen. Meine These in diesem Zusammenhang ist die, dass nur diese Gruppen einen geeigneten Schutz für MigrantInnen gegen eine solche ideologisch bedingte Dominanz bieten. Der Preis, den sie dafür in Österreich zahlen, ist die Isolation und die fehlende Möglichkeit, in dem dominierenden Diskurs zur Sprache zu gelangen. Vom Staat werden solche Gruppierungen geduldet, weil sie – aufgrund der mangelnden Wahlrechte – keine direkte politische Gefahr darstellen und eine Übersichtlichkeit der MigrantInnenszene gewährleisten. Wenn sich solche Gruppen politisch in Richtung der Ursprungsländer engagieren, dann werden sie entweder unterstützt, wenn sie den außenpolitischen Absichten der Aufnahmeländer entsprechen, oder ignoriert, gebremst und verboten, wenn sie dem nicht entsprechen.

Die Organisationen der MigrantInnen in Österreich

Seit den sechziger Jahren sitzen die MigrantInnen wie ein »Stachel im Fleisch« in den als Nichteinwanderungsländer definierten EU-Staaten und entfalten ihre Wirkung, sowohl was die Restriktion als auch was die Demokratisierung des Systems betrifft. Die Einheimischen sind dadurch ständig (laut oder stillschweigend) aufgefordert, ihren »normalen Zustand«, ihre »Rationalität« zu überdenken. Die Wirkung auf die Aufnahmegesellschaft stimmt nicht mit der tatsächlichen politischen Stärke dieser Gruppen überein. Die MigrantInnen haben keine politische Macht, solange sie keine Partizipationsmöglichkeit in den politischen Systemen der Aufnahmeländer haben. Ihre Wirkung entfalten sie vielmehr, indem sie durch das System der beständigen Selbstorganisation und durch die Anwesenheit dieser Strukturen außerhalb des offiziellen Diskurses die Möglichkeit der anderen Erzählweisen und der gesellschaftlichen Alternativkonzepte demonstrieren. Sie gehören nicht dazu und trotzdem sind sie da. Es ist also eine mittelbare Wirkung, mit der die Gesellschaften in Europa zu tun haben, und deswegen stehen alle vor diesem Phänomen so ratlos da.

Verschiedene MigrantInnengruppen haben verschiedene Strategien, wie sie zu ihren stabilen Verhältnissen kommen und das System der Unterdrückung (ArbeitgeberInnen, Bürokratie, Exekutive, LehrerInnen usw.) neutralisieren. Es gibt natürlich auch Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den MigrantInnengruppen selbst. Auseinandersetzungen unter den Marginalisierten, die nichts Neues darstellen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der MigrantInnengemeinschaft wiederholen oft die Ressentiments der Mehrheitsbevölkerung in der Hoffnung, dass man/frau selber ungeschoren bleibt, dass man/frau bestimmte Vorteile genießen wird usw. Ich will in keiner Weise behaupten, dass die MigrantInnen besser sind als die Einheimischen, nein. Aber sie sind durch ihre Rolle in eine besondere geschichtliche Situation hineingerutscht, und so müssen sie sich jetzt organisieren, wenn auch unterschwellig, damit sie dem Unterdrückungssystem etwas entgegensetzen können. Es gibt in Wien zwei Welten: die der MigrantInnen und die der Einheimischen, die sich nicht vermischen und miteinander im großen Teil ihres Alltags nur als offizielle TauschpartnerInnen in wirtschaftlichen Beziehungen zu tun haben. Die meisten Bereiche des Freizeitlebens sind voneinander streng getrennt. Es gibt Konzerte, Theatervorstellungen, Bälle, Basketballspiele, Fußballspiele, Handballspiele, Kegelturniere, Wettbewerbe in Geschichtswissen, Heiraten, Sterbefälle, Grillplätze, Kirchen, Schulen, Geschäfte usw., in denen sich die Welten der MigrantInnen abspielen. Ein Phänomen, das bis jetzt von den meisten Einheimischen als negativ betrachtet wurde. Negativ deswegen, weil alle, die sich bis jetzt mit diesem Phänomen der Selbstorganisation der MigrantInnen befasst haben, Angehörige der hegemonialen Mehrheitsgesellschaft waren und deren Weltbild und nicht das Weltbild der MigrantInnen teilen. Die Darstellung der Sicht der MigrantInnen ist noch ausständig.

Es ist diese Situation, die das System der Selbstorganisation der MigrantInnen bedingt, ermöglicht und tradiert. Es handelt sich hier um eine Verhandlungsstrategie, welche die einzige ihnen zur Verfügung stehende Ressource bildet, nämlich die freiwillige Selbstschließung gegenüber der hegemonialen Gruppe. Insofern handelt es sich hier um einen dynamischen Prozess, der sehr wohl andere

Richtungen einschlagen kann, wenn sich die Ressourcen dafür ergeben würden.

Es gibt zwei Hauptströmungen innerhalb der MigrantInnengemeinschaft: erstens die aus der Reaktion zur Schließung des Systems der Aufnahmestaaten entstandenen Defensivorganisationen von MigrantInnen und zweitens die partizipationsorientierten MigrantInnenorganisationen. Diese zwei Typen stehen in einem gegenseitigen Einfluss und Wechsel. Özcan (1992, 23) teilt die Formen der Selbstorganisation der türkischen MigrantInnen in Deutschland in folgende vier Gruppen ein: Erstens sind da die parteipolitisch ausgerichteten Organisationen, zweitens die verschiedenen kulturellen und Freizeitorganisationen, die auch soziale Dienste anbieten, drittens sind da die Sportvereine und als vierte Form führt er Vercinc an, die Interessen der verschiedenen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft selbst vertreten. Mir erscheint diese Klassifizierung für Österreich um einiges zu hoch gegriffen, denn die ersten, wenn es sie in Österreich gibt, sind als Einzelpersonen zu charakterisieren, die den einzelnen Parteien den Anschein der Multikulturalität verleihen, ohne dass sie irgendeinen Einfluss ausüben können. Die anderen drei Gruppen lassen sich in den zwei von mir angeführten Kategorien (Defensivorganisationen und Partizipationsorientierte) finden. Mir erscheint es deswegen wichtig, diese Einteilung einzuführen, weil man/frau damit die strikten Grenzen zwischen Sport, Kultur und Klassen-Politik überwindet. Diese Aufteilungen mögen für die Bevölkerung der Aufnahmeländer eine wesentliche Bedeutung haben, für die MigrantInnen, die alle durch die Bank der restriktiven Gesetzgebung unterworfen sind, sind z. B. auch die Sportvereine Orte, wo sie ihre Kultur pflegen, ihre Vernetzungen vorantreiben, ihre Informationen austauschen, den politischen, sozialen, wirtschaftlichen usw. Interessen nachgehen. Deswegen erscheint mir die Aufteilung nach den Strategien, wie der Aufnahmegesellschaft entgegnet wird, sinnvoller. Die Defensivform der Organisationen ist als erste entstanden und bis heute vorherrschend. Sie bildet die Basis für das Entstehen der zweiten strategischen Ausrichtung, von denjenigen, die ihre Stimme erheben, die sich in die Diskurse der Einheimischen einmischen und die Hegemonie der koalitionären Unterdrückung in Österreich zu durchbrechen suchen.

Die Stabilisierung der ersteren Organisationen wurde genau durch jene Maßnahmen erreicht, die eine Destabilisierung der Migration zum Ziel hatten; nämlich durch die restriktiven antiintegrativen gesetzlichen Maßnahmen, die diese Menschen geradezu in die defensiven Gruppen zwängten. Das Ergebnis war eine Konsolidierung der MigrantInnengemeinschaften, die seit der Einführung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes permanent wächst und langsam beginnt, sich auch zu Wort zu melden. Das sich zu Wort melden in der Aufnahmegesellschaft ist vor allem als ein Zeichen der Entwicklung innerhalb dieser Organisationen zu sehen. Man/frau muss vor allem bedenken, dass sich die Definitions- und Hierarchisierungsmacht dieser Organisationen bis dahin nur innerhalb der eigenen Gruppe abspielte. Nun wird versucht, diese Mauer zu durchbrechen. Was die Ergebnisse dieses Versuches sein werden, wird uns die Zeit zeigen. Die Eingliederung der MigrantInnen in die Gesellschaft kann aber keinen anderen Weg einschlagen als eine laufende Reorganisation der Selbstorganisationen und Gruppen. Dies gilt sowohl für die Majoritären als auch für die Minoritären. Dieser Prozess ist konfliktreich, aber es geht nicht darum, diese Konflikte zu unterbinden, sondern sie sozial in positive Richtungen zu kanalisieren. Interessant ist nur, dass die sozial-

partnerschaftlich geführte Ausländerpolitik das Wort Rotation schon längst aufgegeben hat und seit einigen Jahren intensiv über Integration redet: nun ist dieses Wort bis heute, abgesehen von der Revision einiger unmenschlicher Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes aus dem Jahre 1993, eine leere Hülse geblieben. Vielmehr ist heute ein Stillstand zu verzeichnen, der durchaus einen geplanten und erzwungenen Charakter aufweist.

Die Unauffälligen und Schweigsamen

Im Folgenden werde ich mich nach einem kurzem Abriss der Migration aus Jugoslawien auf die Geschichte des Jugoslawischen und Serbischen Dachverbands in Wien konzentrieren, wie sie sich in verschiedenen Gesprächen mit VertreterInnen dieser Organisation darstellte.

Der Dachverband plante am 29. November 1999 zum fast dreißigjährigen Jubiläum eine Monographie. Leider ist dieses Dokument nicht zustande gekommen, weil sich Teile der Archive in den Händen der ehemaligen Mitglieder des Dachverbandes befinden, die jetzt im Kroatischen Dachverband organisiert sind. Das schreibe ich, um die jetzige Situation des Verbandes zu charakterisieren. Einerseits handelt es sich um eine Organisation, die nach der Auflösung Jugoslawiens weiter besteht und für sich in Anspruch nimmt, ca. 84.000 MigrantInnen⁴ aus der Bundesrepublik Jugoslawien zu vertreten. Andererseits handelt es sich bei dieser Organisation nach der Meinung der Majorität um eine nationalistische Organisation. Das ist der Grund, warum der Kontakt in diese Richtung eher vermieden als gesucht wird. Dem möchte ich entgegenstellen, dass sich der Dachverband noch immer als Sammelbecken aller Vereine der MigrantInnen aus der Bundesrepublik Jugoslawien in Wien versteht. Es gibt sogar Vereine, die Mitglieder des Dachverbandes sind, in denen das Serbische als Sprache eher selten ist.

Man kann von zwei Gruppen der MigrantInnen aus der SFR Jugoslawien reden: Die ersten waren die politischen EmigrantInnen. Diese setzten sich aus den Gruppen der nationalistischen SystemgegnerInnen, den faschistischen KollaborateurInnen und den AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien zusammen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Einparteiensystem Jugoslawiens keinen Platz mehr hatten.⁵ Die politische Emigration befand sich in einem regelrechten Untergrundkrieg mit dem jugoslawischen Geheimdienst UDBA (Schmid 1980, 112). Die zweite Gruppe, welche die jugoslawische Wirtschaft genauso wie die österreichische brauchte, wurde damals von allen Seiten mit dem Namen »Gastarbeiter« bedacht und setzte sich vor allem aus einer proletarisierten Bauernschaft zusammen. Diese neuen Proletarier waren diejenigen, die ihre Klubs zur Förderung von Sport und Kultur gegründet haben, die sich nach einer gewissen Zeit in einem Dachverband zusammenschlossen. In dem Sinne ist der Dachverband eine Organisation der ArbeitsmigrantInnen (diesen Terminus verwende ich in Ermangelung eines Besseren) und nicht der politischen EmigrantInnen, die ihre eigenen, meist illegalen Verbände hatten und die viel besser organisiert waren. Zwischen diesen zwei Gruppen bestanden, wie Schmid (1980, 119) zeigt, keine institutionellen Verbindungen. Das Zentrum der politisch orientierten Migration war vor allem Deutschland. Die politischen EmigrantInnen aus der SFR Jugoslawien misstrauten den ArbeitsmigrantInnen und betrachteten sie erst im Falle der Ausrufung

der Selbständigkeit als nützlich, was sich in den neunziger Jahren als teilweise richtig erwies.

Solche Hintergründe scheinen mir aufschlussreicher zu sein, als eine Verschwörungstheorie zwischen den jugoslawischen und österreichischen Gewerkschaften zu konstruieren, denen die Funktion der totalen Kontrolle über die Hunderten und Tausenden von MigrantInnen unterstellt wird. (Sensenig 1997, 11) Vor allem, wenn behauptet wird, dass die JugoslawInnen – kommunistisch erzogen – nicht zu demokratischen Spielregeln fähig sind und sich deswegen in der politischen Landschaft der MigrantInnenszene ruhig und unauffällig verhalten, muss man/frau vor allem an eines denken: nicht der Kommunismus, sondern das konservative Bauerntum, das auf dem Weg zur Proletarisierung war, ist das prägende Moment des Selbstverständnisses dieser Gruppe und ihr politisches Agieren entspricht diesem Hintergrund.

Das jugoslawische Dorf war im Grunde eine Ansammlung von räumlich beieinanderliegenden, aber eigenverantwortlichen, selbständigen Haushalten aus erweiterten Kernfamilien, deren ökonomische Abhängigkeit von einander mittels gegenseitiger Unterstützung bei Feldarbeiten usw. genau umschrieben ist. Diese Homogenität wird zuerst durch eine neue Ideologie, die des Staatssozialismus, die ihre hegemonialen Prinzipien sofort nach dem Krieg in Form der Expropriation, Kolonisation usw. einsetzte, untergraben und dann auch durch die Migration, wo die Elemente der Vereinzelung, Urbanisierung, Abhängigkeitsverhältnisse usw. eine neue wesentliche Rolle zu spielen beginnen. Die jugoslawischen Vereine entwickeln sich und überleben bis heute auf diesem Boden. Ihre Struktur spiegelt diesen Zwiespalt. Einerseits ist da der Wunsch nach den klaren dörflichen Gemeinschaften zu finden. Andererseits ist da die Notwendigkeit, sich in einer hegemonial strukturierten Welt zurecht zu finden. Die autoritäre, männlich dominierte Struktur findet sich in einer solchen Situation am besten zurecht. Der Dachverband und auch die Vereine sind eine Männerwelt.

Die Frauen haben innerhalb der Machtstruktur der Vereine wenig Funktionen⁶, außer in Randgebieten, wie z. B. als Leiterinnen von Folkloresektionen oder als Lehrerinnen für den muttersprachlichen Sprachunterricht der Kinder. Die Welt des Aufnahmelandes Österreich unterstützte dieses Bewusstsein nicht nur durch die real vorhandenen Teilungen zwischen den Geschlechtern, sondern auch durch Gesetze für »Ausländer«, die den arbeitslosen Ehegatten an den Arbeitenden binden. Da am Anfang die jungen kräftigen Männer angeworben wurden, ist klar, wer als zweite kam und unter den rassistischen Regelungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes am meisten zu leiden hatte. So sind Gemeinschaften entstanden, in welchen nahezu alles dadurch bestimmt war, zu wem man/frau gehörte. Das sind neue Muster des gesellschaftlichen Lebens, dessen Organisation den Bedingungen eines veränderten gesellschaftlichen Klassifikationssystems folgte. Es ist eine Entwicklung, die im Aufnahmeland stattgefunden hat und mit dem Ursprungsland nur in Form des Einflusses des mitgebrachten Selbstverständnisses der MigrantInnen etwas zu tun hat. Die Untersuchung der Selbstorganisationsysteme besteht vor allem in der Untersuchung jener Mechanismen, derer sich diese Menschengruppen bedienen, um sich in einer ihnen unverständlichen und feindlich gesinnten Welt zu orientieren. Die Rolle dieser Organisationen ist die, dass sie die Funktion eines Sammelbeckens hatten und dadurch ihren Mitgliedern

einen gewissen Schutz ermöglichten, durch die Vernetzungen, die dort stattfanden, durch den Informationss Austausch, z. B. bei welchem Beamten es besser ist, eine Aufenthaltsbewilligung verlängern zu lassen und welche es besser zu vermeiden gilt usw.⁷ Das ist der Grund meiner Forderung nach Untersuchung dieser Organisation, aber auch nach ihrer Unterstützung. Mit einer anderen Seite dieser Selbstorganisationen, die ich in diesem Text nicht näher ausführen kann, mit der Ermöglichung der Integration in die Aufnahmegesellschaft hat sich bis dato nur eine einzige, dafür aber hervorragende Untersuchung von Sabine Kroißbrunner über die sozialpolitischen Netzwerke der türkischen MigrantInnen in Wien aus dem Jahr 1996 beschäftigt.

Die Geschichte des Dachverbandes der Jugoslawischen und Serbischen Vereine in Wien

Die Geschichte des Dachverbandes beginnt Ende der sechziger Jahren mit den ersten MigrantInnenvereinen. Die AktivistInnen, mit denen ich geredet habe, betonen die Rolle des »Internationalen Vereins der jungen Jugoslawen«, der 1969 gegründet wurde und in dem sich die »Elite«, die bis heute eine wesentliche Rolle beim Dachverband, aber nicht nur da, spielt, getroffen hat. Die ersten Aktivitäten der Männer, die später wesentliche Rollen beim Dachverband spielten, ereigneten sich in diesem »Klub«.

Die Zusammenarbeit mit dem ÖGB, das betonen alle, hat ganz gut funktioniert: Der ÖGB hat die Räumlichkeiten bezahlt, hat Organisationsseminare veranstaltet usw. Einmal jährlich kam eine Delegation der jugoslawischen Gewerkschaft nach Wien, um vor Ort Eindrücke zu sammeln, die später als Grundlage für die Verhandlungen mit dem ÖGB dienten. Es gab eine Koordinationsstelle für die Migration in Belgrad. Vor allem über die Parteizelle der jugoslawischen Kommunistischen Partei in Wien, wo alle AktivistInnen Mitglieder sein mussten, übte die Jugoslawische Regierung Einfluss auf die Vereine aus. Dieser Einfluss widersprach nicht dem Wunsch und den Erwartungen der MigrantInnen selbst, sondern gab ihnen das Gefühl, dass sie nicht allein gelassen wurden. So gingen sie, unterstützt vom ÖGB einerseits und den staatlichen VertreterInnen von Jugoslawien andererseits, ihren hauptsächlich sportlichen Aktivitäten nach. Gründungen von Firmen, also wirtschaftliche Aktivitäten, werden in keinem Gespräch erwähnt; im krassen Gegensatz zu türkischen MigrantInnen, die ihre ersten Versammlungspunkte in den Gasthäusern hatten, die im Besitz anderer MigrantInnen aus der Türkei standen. Dies ist erklärbar aus der Tatsache, dass die Kommunistische Partei Jugoslawiens keinerlei Interesse an der Förderung von Unternehmen hatte, die nicht in ihrem eigenen Besitz standen.

1971 wurde der »Dachverband der Jugoslawischen Vereine in Wien« gegründet. 1976 gründete sich der »Verband für Wien, Niederösterreich und Gradisce«, der sich als Vorläufer des Bundesdachverbandes erwies, welcher 1981 in Linz gegründet wurde. Die Mitglieder dieses Verbandes waren acht Dachverbände, die 1981 bundesweit 120 Vereine der MigrantInnen aus SFR Jugoslawien versammelten.⁸ Zur Zeit zählt der Bundesdachverband 109 Vereine österreichweit.⁹

Der Bundesdachverband organisiert seit damals österreichweit jährlich drei Manifestationen: die Arbeitersportspiele¹⁰, die Schau der Kultur, die künstlerischen

schen Aktivitäten und einen Wissenswettbewerb zu verschiedenen Themen bezogen auf das Ursprungsland, aber auch auf das Aufnahmeland. Die Finanzierung erfolgte damals wie auch heute (nur heute in einem viel geringeren Ausmaß) durch ÖGB und AK.

Anfang der neunziger Jahren hatte der Dachverband in Wien 37 Mitgliedsvereine. Mit der Auflösung Jugoslawiens reduzierte sich diese Zahl auf 18. Es kommt zur Auflösung der multiethnischen Struktur des Dachverbandes und auch zu größeren Problemen mit den Strukturen des Aufnahmelandes. ÖGB und AK distanzieren sich, als es zur Abkoppelung der slowenischen, kroatischen, bosnischen und mazedonischen Vereine kommt. Der Dachverband ändert 1994 den Namen in »Dachverband der Jugoslawischen und Serbischen Vereine in Wien«. Seit 1992 ist statutarisch festgelegt, dass der Dachverband die Interessen der MigrantInnen aus Jugoslawien in Wien schützen soll. Der Konflikt mit dem ÖGB eskalierte 1997, als sich der Dachverband entschied, neue Räumlichkeiten zu mieten und die alten Räumlichkeiten, die vom ÖGB finanziert wurden, zu verlassen. Der Dachverband übersiedelte in Räumlichkeiten, die ihm von der Kommunistischen Partei Österreichs zur Verfügung gestellt wurden. Die Vermutung liegt nahe, dass erst diese Emanzipation vom ÖGB die Demonstrationen im Frühling 1999 und auch alle anderen folgenden politischen Aktionen des Dachverbandes möglich machte.

Als ich begonnen habe, über den Dachverband zu recherchieren, fand ich ihn nirgendwo in der Literatur. Die Meinung der antirassistischen NGO-Szene über den Dachverband reichte von »nett« über: »Sie sind deppert« bis zu: »nationalistischer Hexenkessel«. Mir war aber bewusst, dass es sich um eine Organisation handelt, die jeden Tag über Monate hinweg Antikriegsdemonstrationen in Wien, aber auch im gesamten Bundesgebiet¹¹, organisiert hat. Demonstrationen, bei denen zwischendurch auch bis zu 10.000 Menschen teilnahmen, und die alle ohne irgendwelche Zwischenfälle verlaufen sind. Wie ist es zu dieser Wahrnehmung des Dachverbandes gekommen? Noch dazu, wenn es sich um eine Organisation aller in Österreich lebenden MigrantInnen aus der Bundesrepublik Jugoslawien handelt. Wie ist es möglich, dass sich in einem Adressbuch aller Minderheiten in Österreich kein Eintrag über den Dachverband findet?¹²

Meiner Meinung nach ist die Grundursache dieses Wahrnehmungsmusters einerseits in den medialen Berichten über die Auflösung Jugoslawiens zu suchen. Andererseits spielt die Aufteilung der Gesellschaft in Österreich auch eine Rolle: Es ist selbstverständlich, dass die MigrantInnengruppen als große Unbekannte auch für Projektionen jeglicher Art herhalten. Das moralische Überlegenheitsgefühl der hegemonial ausgerichteten Aufnahmegesellschaft kann verschiedene Formen annehmen. Es ist nicht meine Aufgabe, hier über die Ursachen der Jugoslawienkrise zu schreiben. Darüber wurde von »Balkanexperten« genug geschrieben. Der zentrale Punkt in den Zuschreibungen ist der, dass die MigrantInnen aus Jugoslawien aufgrund des ideologisch-hegemonialen Hintergrundes der österreichischen Gesellschaft völlig mit den BürgerInnen Jugoslawiens identifiziert wurden. Und das ist eine Behauptung, die, egal wie man/frau sie dreht, nicht stimmen kann. Die MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien haben mittlerweile ein eigenständiges Selbstverständnis entwickelt.

Eine Folge dieser Gleichsetzung waren mehr Restriktionen gegenüber den Vereinen, was sich nicht nur in der zunehmenden Distanzierung der vormaligen

»Freunde« in der SPÖ oder im ÖGB äußerte, sondern auch in den intensivierten Polizeikontrollen in Vereinsräumlichkeiten, in dem Verbot des Ausschanks von Getränken in Vereinsräumlichkeiten oder, wie es in Innsbruck 1994 der Fall war, im Verbot der Durchführung der Arbeitersportspiele, die unter dem Titel »Friedenssportspiele« liefen. In solch einer Situation wurde der innere Zusammenhalt, repräsentiert durch die Vereine und ihren Dachverband, enorm wichtig und für ca. 84.000 MigrantInnen aus Jugoslawien der einzige Halt.

Es ist eine andere Frage, warum sich der Dachverband so wenig in das politische Leben in Österreich einmischt, warum seine VertreterInnen so wenig bei den verschiedenen Plattformen zur Förderung der Rechte der MigrantInnen mitarbeiten. Hier spielen mehrere Faktoren eine Rolle, die sich in folgender Antwort zusammenfassen lassen: Beim Dachverband handelt es sich um eine strukturorientierte Organisation, die in ihren Aktivitäten vor allem auf die Erhaltung dieser Struktur bedacht ist. Das bringt mit sich, dass sie koalitionsähnliche Verhältnisse sowohl mit dem Aufnahmeland als auch mit dem Ursprungsland eingehen muss. Diese koalitionsähnlichen Verhältnisse bremsen wiederum die politischen Forderungen und bewirken, dass der Dachverband wie eine Wiener Magistratsabteilung erscheint. Seit der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO zeigt sich eine gewisse Änderung in der politischen Einstellung in Richtung verstärktes Engagement im Aufnahmeland. Bedingt ist das natürlich auch durch den Stolz, »ein einmaliges Ereignis in der Geschichte Wiens«¹³ erreicht zu haben, nämlich die 78 Tage lang dauernden Demonstrationen. Dies bedingt auch das Bewusstsein, dass man/frau eine Kraft darstellt und bringt dies in Zusammenhang mit dem Wissen, dass man/frau nicht sehr bald in das Ursprungsland zurückkehren wird; eine neue Einstellung, auf der die neue Generation der AktivistInnen schon baut. Außerdem haben sich die Interessenlage und auch die Machtverhältnisse zwischen den österreichischen Sozialpartnern und der jugoslawischen Botschaft in einigermaßen entgegengesetzte Richtungen entwickelt. Die Auflösung Jugoslawiens hat zu einer Schwächung der Konsulatsvertretungen geführt, die an permanentem Geldmangel leiden. Andererseits ist eine langsame Erosion von ÖGB und AK zu beobachten, die solchermaßen langsam für den Dachverband auch nicht mehr als die einzigen GesprächspartnerInnen erscheinen.

Die Politischen

So wie die MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit bestimmten Prädikaten bedacht wurden, so werden auch diejenigen aus der Türkei klassifiziert. Den Grund für diese Zuschreibung sehe ich nicht nur in den tatsächlichen Aktivitäten dieser Gruppe, sondern auch in der gesellschaftlichen Einstellung zur vorherrschenden Religion, die sie mitbringen: dem Islam. Diese Einstellung ist in allen gesellschaftlichen Kreisen des Aufnahmelandes eine negative. Vor allem wird ein Bild der Rückständigkeit gezeichnet, verkoppelt mit der Vorstellung, dass es sich da um eine expandierende Religion handelt, die ihre Expansion durch das Ausnützen der »demokratischen Spielregeln« vorantreibt; ein Vorwurf, der ein seltsames Demokratieverständnis offenbart.

Nach dem Militärputsch 1980 sind v.a. Menschen aus linken türkischen Gruppierungen aus der Türkei geflüchtet. Sie sahen ihre Existenzberechtigung nicht

nur wie die ehemalige jugoslawische politische Emigration im Aufbau einer Avantgarde (Schmid 1980, 119). Weil es sich bei dieser Gruppe um Linke handelte, haben sie versucht, die MigrantInnen aus der Türkei anzusprechen und mit ihnen gemeinsam für »die Sache« in der Türkei, aber auch gegen die alltäglichen Rassismen und die Mechanismen, die diese ermöglichen, anzukämpfen. Bei den türkischen MigrantInnen ist ein sehr breites Spektrum der politischen Richtungen feststellbar. Das Spektrum reicht von leninistischen, maoistischen, trotzkistischen Gruppierungen, über solche, die eine türkisch-sozialdemokratische Gesinnung pflegen (und auch sehr eng mit der SPÖ zusammenarbeiten), den sogenannten »Kemalisten«, über die Moscheen, die einen gemäßigten Islam pflegen, solchen, die sich als AnhängerInnen der in der Türkei verbotenen islamistischen Refah-Partei verstehen, bis hin zu den AnhängerInnen der rechten türkischen NationalistInnen. Das Parteiensystem in der Türkei hat seine Widerspiegelung in dem Vereinssystem der MigrantInnen aus der Türkei gefunden.

Im Unterschied zum Jugoslawischen und Serbischen Dachverband stellte sich heraus, dass ich niemanden finden konnte, der von Anfang an bei den Selbstorganisationen dabei war und noch immer dabei ist; die Personalfluktuaton der Führungskräfte scheinen bei den türkischen Vereinen viel größer gewesen zu sein als bei denjenigen der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Diejenigen, die sich unter den türkischen MigrantInnen einen Namen gemacht haben, sind heute als VermittlerInnen zwischen den Gemeinschaften der MigrantInnen aus der Türkei und der Aufnahmegesellschaft zu finden. Die türkische Gemeinschaft hat es geschafft, einige VertreterInnen in diversen Institutionen des Aufnahme- staates zu stellen. Es handelt sich dabei um Einzelkarrieren, die nicht aufgrund der Delegationsfunktion der Gemeinschaft der MigrantInnen zustande kamen, sondern weil bestimmte Teile der Aufnahmegesellschaft der Meinung sind, dass sie aufgrund der politischen Korrektheit auch jemand aus dieser Gruppe in ihren Reihen haben sollten. Das hat mit der politischen Partizipation als Gruppe nichts zu tun. Es ist mehr Schein als Sein, aber es wird offensichtlich von der Aufnahmegesellschaft als wichtig betrachtet, die MigrantInnen aus der Türkei mehr einzubinden; was bei MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien eher selten vorkommt. Die Tatsache aber, dass bestimmte Personen aus der Gruppe der MigrantInnen Zugang zu bestimmten Parteien finden, heißt u. a. auch, dass zum ersten Mal eine gegenseitige und gemeinsame Beobachtung des Migrationsthemas in der Politik passiert. Und das heißt, dass die gemeinsamen Ergebnisse dieser Zusammenarbeit möglicherweise von anderen gesellschaftlichen Institutionen des Aufnahmelandes übernommen werden könnten.

Die drei Phasen der Entwicklung

Ganz allgemein kann man/frau von einigen Phasen in der Entwicklung der Selbstorganisationsstrukturen der MigrantInnen aus der Türkei sprechen. Mit den ersten MigrantInnen sind die ersten sozialen Netzwerke entstanden. Die Vorläufer sind die ersten Kaffeehäuser, Gasthäuser und auch die ersten Lebensmittelgeschäfte, die in Richtung Konsum orientiert waren, die aber auch als Treffpunkt für die Menschen aus einem Gebiet, einer Stadt usw. fungiert haben. Man/frau tauschte Informationen aus, und es kam zu den ersten Vernetzungen innerhalb des Auf-

nahmestaates. Die zweite Phase beginnt Anfang der achtziger Jahre. Da kommt es zu verstärkten Vereinsgründungen. Sportvereine, Arbeitervereine und kleine Moscheen hat es auch früher gegeben, aber mit den politischen Entwicklungen in der Türkei, konkret mit dem Militärputsch am 12. September 1980, kamen mehr politisch engagierte Personen nach Österreich und begannen sich sofort zu organisieren. Das Engagement war ursprünglich vor allem auf die Ereignisse in der Türkei gerichtet. Mit der Zeit veränderte sich diese Ausrichtung. Zunehmend wurde der Aufnahmestaat zum politischen Fokus. Die engagierten Personen waren die Kristallisationspunkte neuer Vereine. Aber auch die schon bestehenden Vereine begannen durch diese Menschen verstärkt politisch zu agieren. In dieser Zeit entstanden die ersten Konföderationen der Vereine. Die dritte Phase beginnt in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und dauert bis heute an. Es werden die ersten Dachorganisationen gegründet, und es kommt vermehrt zu Zusammenschließungen der verschiedenen Zweigorganisationen in größeren Einheiten. Mit der Mitte der achtziger Jahren datierten auch alle meine GesprächspartnerInnen die Zeit, wo man/frau sich langsam von der Orientierung auf die Türkei loslöst und sich verstärkt auf Österreich konzentriert.

Die Vereine orientieren sich mehr und mehr an den Problemen der Migration und an ihrer sozialen, politischen und kulturellen Stellung innerhalb der Aufnahmegesellschaft. Das beste Beispiel dafür ist die von der ATIGF (Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei) organisierte und von den Moscheen unterstützte Aktion der Parallelwahlen 1996 (Kroißenbrunner 1996). Wobei es da auch Unterschiede gibt: während sich die links gerichteten Organisationen – unterstützt von österreichischen Organisationen – mehr an den Staat Österreich wenden, um ihre Rechte zu fordern, wenden sich die rechten islamischen Organisationen mehr an die MigrantInnen, an die »Gemeinden« selbst, mit dem Anspruch, die Probleme der MigrantInnen im Rahmen einer zu entwickelnden »Gegengesellschaft« zu lösen. Die Gegengesellschaft »bedeutet keinen Rückzug oder feindselige Opposition; sie stellt ein Alternativkonzept dar, welches – und hier beginnt die Frage nach Integrationspolitik – nur in und mit der Aufnahmegesellschaft verwirklicht werden kann.« (Kroißenbrunner 1996, 151)

Die Gemeinsamkeiten

Was die Bevölkerungsstruktur der MigrantInnen aus der Türkei betrifft, kann man/frau davon ausgehen, dass sie ähnlich jener der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist. Wobei die MigrantInnen aus der Türkei, bevor sie nach Österreich gekommen sind, scheinbar in einem höherem Ausmaß einen Prozess der Binnenmigration innerhalb der Türkei hinter sich gebracht haben. Den Weg nach Österreich haben viele MigrantInnen der ersten Generation über die Anwerbestellen in ihren Ursprungsländern gefunden. Der entscheidende Punkt, in dem sich die Strukturen der Selbstorganisationen der MigrantInnen beider großer Gruppen in Wien treffen, ist der, dass sie die politischen Strukturen ihrer Ursprungsländer auch in ihrer neuen Umgebung zu verwirklichen versuchen. Während dabei den MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien die konsularischen Vertretungen ihres Ursprungslandes Hilfe leisteten, konnten die MigrantInnen aus der Türkei nur wenig solche Hilfe bekommen. Die MigrantInnen aus dem

ehemaligen Jugoslawien begnügen sich mit dem »Einparteiensystem«, während die MigrantInnen aus der Türkei das gesamte politische Spektrum der stürmischen Geschichte ihres Ursprungslandes übernehmen und zu verwirklichen versuchen.

Wo diese beiden MigrantInnengruppen sich trotz dieser Unterschiede treffen, sind die inneren Strukturen ihrer Selbstorganisationseinheiten. Diese sind vor allem durch die Schichtzugehörigkeit der MigrantInnen bedingt. In allen diesen Vereinen sind hierarchische, von Männern dominierte Strukturen zu finden. In allen stehen nach wie vor die VertreterInnen der Ersten Generation an der Macht. Und bei allen scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass ihre Situation in Österreich einen sehr wichtigen Stellenwert hat, und dass man/frau sich mehr für die eigenen Rechte einsetzen soll. Bei den MigrantInnen aus der Türkei ist diese Erkenntnis präsenter als bei denen aus dem ehemaligen Jugoslawien, wobei sich aber in den letzten Jahren die Bedingungen für die letztere Gruppe so verändert haben, dass auch auf dieser Seite nur eine zunehmende Politisierung zu erwarten ist. Der Gedanke des Verbleibens in Österreich nimmt eine zentrale Stellung in den Gedanken der meisten MigrantInnen in Österreich ein, was wiederum ihr Interesse an den politischen und sozialen Strukturen dieses Staates vergrößert. Es ist zu erwarten, dass ihre Forderungen nach mehr Rechten nur stärker werden.

Neben der Tatsache, dass der Großteil der Mitglieder der MigrantInnenvereine proletarisierte Bauern sind, haben die zwei oben dargestellten MigrantInnensysteme noch andere gemeinsame Charakteristika: Ihre Organisationen konnten ihren Charakter nur in der Aufnahmegesellschaft in dieser Form entwickeln. Jene Erfahrungen, welche die anderen Teile der Aufnahmegesellschaft nicht haben, werden in ihre Struktur eingebettet und verwertet. Ich habe auf die fast selbstverständliche Übernahme der politischen Muster der Ursprungsländer schon hingewiesen, aber es zeigt sich, dass diese nur in Kombination mit einer gewissen Anpassung an die Aufnahmegesellschaft dauerhaft sein kann. Der Dachverband der Jugoslawischen und Serbischen Vereine in Wien hat in Österreich einen sozialpartnerschaftlichen Boden gefunden, der den mitgebrachten Erfahrungen nicht widersprach, sondern sich als ergänzend zeigte. In dem Moment, wo diese Sozialpartnerschaft in Frage gestellt wird, kommt auch eine Wende des Dachverbandes im Verhältnis zum langjährigen Koalitionspartner ÖGB. Die türkischen Vereine haben sich dagegen ihre PartnerInnen je nach der politischen Ausrichtung gesucht, wobei erstaunlich ist, dass die SPÖ in Wien viel öfter als potentielle Partnerin fungiert als andere Parteien. Das deutet auf einen Versuch der Vereine hin, die bestehenden Machtverhältnisse in Wien zu ihrer Aufwertung zu nützen und auch auf ein, den Umständen angepasstes, pragmatisches politisches Verständnis. Die Strategien der MigrantInnenvereine erscheinen durchwegs nicht als politisch radikal. Eher sind es gemäßigte Positionen, unter denen auch solche der totalen Anpassung an die Aufnahmegesellschaft ihren Platz haben. Das revolutionäre Potential für größere gesellschaftliche Umwälzungen ist in der MigrantInnenszene nicht zu finden, eher der Geist des Pragmatismus und der Anpassungstendenzen.

Wie kommt es aber zu der Ablehnung dieser Organisationsformen seitens der Institutionen der Aufnahmegesellschaft?

Trotz der Tatsache der Forderung der Rechte, die den Interessen der hegemonialen Politik widerspricht, und auch trotz der vermeintlichen Bedrohung durch

die Selbstorganisationen der MigrantInnen meine ich, dass die Antwort auf diese Frage vor allem in der bloß tatsächlichen Anwesenheit von alternativen Möglichkeiten der Organisation bzw. der Lebenswelten zu suchen ist. Es ist nicht einfach, mit der Tatsache umzugehen, dass die Erzählungen der Nationalstaaten keine universelle Bedeutung haben, sondern nur einen, möglicherweise in der Geschichte verschwindenden Teil der Welterzählung ausmachen. In diesem Sinne betrachte ich die MigrantInnen als die RegelbrecherInnen der offiziellen Spielregeln, wenn auch unfreiwillig durch die Entwicklung, die ihnen die sozialen Umstände auferlegt haben. Ein unfreiwilliger Widerstand, aus dem die TeilnehmerInnen, aufgrund ihrer Gegebenheiten, unmöglich entkommen können. Die MigrantInnen haben in diesem Sinne ihre Selbstorganisationssysteme entwickelt. Alles was passiert, kann man/frau als Modifizierung und Anpassung betrachten, die gleichzeitig aber auch etwas anderes hervorbringt, etwas anderes als das System des Aufnahmelandes, aber auch als dasjenige der Ursprungsländer. Das Ursprungsland haben die MigrantInnen hinter sich und das Aufnahmeland, mit seinen geschlossenen Institutionen, vor sich. Der Ausweg ist die Selbstorganisation. Bekleidet in ihrer Andersartigkeit produzieren die MigrantInnen Selbstschutzsysteme, die ihren Bedürfnissen entsprechen, und setzen damit den restriktiven institutionellen Mechanismen des Aufnahmelandes ein System der Beharrung auf die Differenz entgegen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel musste aus Platzgründen gekürzt werden. Die Langfassung kann unter der Kurswechsel Homepage <http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm> nachgelesen werden.
- 2 Da es keine wissenschaftlichen Arbeiten in dem Bereich gibt, benutze ich in dieser Schilderung die Aussagen meiner GesprächspartnerInnen, die ich im Laufe der Vorbereitungen zu dieser Arbeit interviewt habe, und natürlich das von mir in den Jahren der Beschäftigung in diesem Bereich gesammelte Wissen.
- 3 Zu Minister Dallinger hatten die Vereine der MigrantInnen einen engen Kontakt. (Kroißbrunner 1996, 105)
- 4 Die Zahl 84.000 beruht auf den Aussagen verschiedener Funktionäre des Dachverbandes, mit denen ich Gespräche geführt habe. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl derjenigen, die regelmäßig Vereine besuchen, kleiner ist. Die Zahl 84.000 beinhaltet alle MigrantInnen aus der BR Jugoslawien in Wien.
- 5 Siehe Amnesty international (1982): Politische Haft in Jugoslawien, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
- 6 Der Vorstand des Dachverbandes besteht aus 21 Personen, davon sind nur zwei Frauen. Die Funktion der einen ist die der stellvertretenden Sekretärin, und die andere ist ein einfaches Mitglied des Vorstands.
- 7 »Die Mehrzahl der ImmigrantInnen haben von unterschiedlichen »ethnischen Vereinen« gehört, nur 50% dieser Gruppe haben an deren Aktivitäten teilgenommen. Im Vergleich zur Mitgliedschaft in deutschen Freizeitvereinen oder Gewerkschaften, erweisen sich die eigenen Vereine als wesentlich attraktiver als die Vereine des Aufnahmelandes.« (Kroißbrunner 1996, S23)
- 8 Adresar 81 jugoslovenskih klubova i udruzenja (1981), Zagreb, 15–32.
- 9 Siehe: www.srbisvet.org.yu
- 10 Die SFR Jugoslawien hatte großes Interesse an sportlichen Aktivitäten der »Gastarbeiter«. Dazu gibt es auch eine Broschüre vom jugoslawischen Sportministerium, »Abteilung für die jugoslawischen Arbeiter, die vorläufig im Ausland beschäftigt sind«, aus 1982 mit dem Titel »Die Grundregeln für die Organisation und Durchführung der Arbeitersportspiele für die jugoslawischen Arbeiter, die sich bei der vorläufigen Arbeit im Ausland befinden« (Überset-

zung Lj. Bratic). Es sind genauestens die Regeln der Organisation, die Durchführung, bis zu Formularen und Regeln für die Schiedsrichter usw. aufgelistet.

- 11 In Salzburg gab es z. B. in den ersten eineinhalb Monaten nach Beginn des Krieges wöchentliche Demonstrationen und danach monatliche.
- 12 Wege zu Minderheiten: Ein Handbuch (1998) Hrsg. von Ursula Hemetek für die Initiative Minderheiten, Klagenfurt.
- 13 Rede des Obmanns von »Humanitas« am 3.12.1999 bei der Jahresversammlung dieser karitativen serbischen Organisation.

Literatur

- Hetfleisch, G. (1997): Interkulturelles Management zwischen Professionalität und Nationalismus, in: asylkoordination aktuell 4/97, 11–19.
- Kroißbrunner, S. (1996): Soziopolitische Netzwerke türkischer MigrantInnen in Wien, Wien.
- Özcan, E. (1989): Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Schmid, I. (1980): Im Zeichen des brennenden Herzens. Exilkroaten in der Bundesrepublik, in: Kursbuch 62/1980, 111–121.
- Sensenig, E. (1999): Reichsfremde, Staatsfremde und Drittstaaten. Immigration und Einwanderungspolitik in Österreich, Salzburg.
- Sensenig, E. (1997): Gast-arbeit-los. Österreichs Migranten auf den Weg nach Europa, in: Mosaik 16/97, 10–12.



Von Migrant/Innengruppen zu migrationspolitischen Inhalten

Erscheint ab April 4 x jährlich, 48 Seiten, 1090 Wien, Rotenlöwengasse 12/1, Tel. 961 10 29